



Bremen, 18. Sep. 2009

Versorgungsrücklage in Bremen sicher

Für Irritation sorgt eine Meldung aus Niedersachsen. Dort soll nach Willen von CDU und FDP die Mittelentnahme aus der Versorgungsrücklage bereits ab dem Haushaltsjahr 2009 zugelassen werden und Zuführungen zum Sondervermögen sollen künftig unterbleiben.

Wenn dies so käme, würde das den Zweck der Versorgungsrücklage konterkarieren. Eigentlich wollte der Staat mit diesem Geld ab 2018 einen Teil der Versorgungsbezüge auszahlen und so den sogenannten „Versorgungsberg“ abflachen.

Bremen ist nicht Niedersachsen. In Bremen ist nicht geplant, das Stammkapital vorzeitig anzutasten. Auch die regelmäßigen Einzahlungen der Besoldungs- und Versorgungsempfänger werden nicht angerührt. Lediglich die Zinsgewinne werden schon seit Jahren dem Haushalt Bremens zugeführt.

Niedersachsen agiert hier auch nicht sonderlich geschickt, denn in Bremen liegen die erzielten Zinsgewinne trotz konservativer Anlagepolitik über dem Satz, der für Kredite zu zahlen wäre. Es wird also Gewinn erzielt.

Damit dies so bleibt, haben in Bremen die Vertreter der Gewerkschaften im Beirat zum Sondervermögen Versorgungsrücklage bereits eingefordert.

Heinfried Keithahn
- stellv. Vorsitzender -

Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Bremen
Bürgermeister-Smidt-Straße 78 – 28195 Bremen
Telefon 0421 949585 – 0 - Fax 0421 949585 - 9